

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 508,

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 1906.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 29. Oktober 1903.

Verlags- und Druckerei-Gesellschaft für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Leipzigerstr. 57. Hinterhaus.  
Telephon Nr. 158. Eingang des Briefpostens.  
Verantwortlich: Dr. Walter Schelenze in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 3.  
Telephon-Nr. VII Nr. 11 494.  
Druck und Verlag von Otto Klotze in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 29. Oktober.

#### Leipziger 2!

Seit dem letzten wirtschaftlichen Niedergang in Deutschland sind erst etwas mehr als drei Jahre verfloßen. Damals mögen Hunderte von Millionen von denjenigen verloren worden sein, welche in der Erwartung fortdauernder, günstiger Konjunktur ihre Kapitalien in Wertpapieren angelegt hatten. Wie gewöhnlich bei solcher Krisis, zeigte sich sofort eine gesunde Reaktion auf dem Kapitalmarkt, indem das Kapital sich der weit sichereren Anlage in liegenden Werten zuwandte. Baugelder und Hypotheken waren zu einem wesentlich billigeren Zinssatze zu erlangen als noch drei Monate vorher. Die Bauakt hob sich, die entlassenen Arbeiter fanden wieder Beschäftigung, und allmählich kam von dieser Seite dem Warte die Gesundheit wieder.

Ueberaus schnell hat sich nun das Erwerbsleben in Deutschland wieder gehoben. Alle Anzeichen hierfür treten zutage. Auf dem Wertpapiermarkt hat sich bereits, eigentlich recht überraschender Weise, die Kaufkraft eingestellt. Der Wertpapiermarkt strebt ebenfalls aufwärts, und ein Zinssatz, welcher noch dem eben erstreckt sich wieder besserer Kapitalumschlag. Die sich etwas progressiv zeigende Kapitalfülle läßt nun die nicht schälen, die durch Einführung von ausländischer, ungesicherter Anleihen an der deutschen Börse ihre Verdienste machen. Unbestimmt um die trüben Erfahrungen mit den portugiesischen und griechischen Werten, an denen deutsche harmlose Kapitalisten eine halbe Milliarde eingebüßt haben, macht man jetzt wieder mobil für „Gebung des Anleihenmarktes“. Man hält jetzt die Zeit für gekommen, um den „Zinmen, die nicht alle werden“, wieder ausländische Werte anzupreisen. Diejenigen, welche diesen Wertes von seiten der Regierung und durch die Presse mit allen Mitteln entgegenzuerufen werden. Die Lösung sollte in Anbetracht der deutschen Kapitalarmut sein: „Deutsches Kapital den deutschen Unternehmungen“. Gätten wir wirklich eine Ueberfülle von Kapital, so sollte auch es noch immer dem deutschen Unternehmern zufließen. Auch wenn hier ein etwas niedrigerer Zinssatz zu erwarten wäre. Man sollte doch endlich einsehen, daß es besser ist, sich mit einer geringen Verzinsung zu begnügen, als sein Kapital auf das Spiel zu legen. Unsere Anlagen in ausländischen Werten sind bei einbrechender Gefahr, wie wir das erlebt haben, von seiten unserer Regierung keinen Schutz. Diese hätte sonst das größte Interesse daran, durch ihre Maßnahmen zu verhindern, daß die in Deutschland gemachten Ersparnisse nicht im Ausland bleiben. Wandert das deutsche Kapital aus und geht in Verlust, so verliegen auch dementsprechend die inländischen Steuerquellen.

Die „Gebung des Anleihenmarktes“, wie heute die Parole wieder lautet, bedeutet auch soviel wie Anreiz zum Schuldmachen. Die städtische Berliner 228 Millionen-Anleihe dürfte den nächsten Anstoß zum Ausbau dieses Gebietes der Wertpapiermarkt geben. Andere Städte werden nachfolgen, und die nächste Folge wird sein: Rückzug des Kapitals von der Anlage in soliden landwirtschaftlichen und industriellen Unternehmungen, von der Anlage in städtischen Grundbesitz. Wertungssatz und höhere Wertschätzung sind dann in dem nächsten Jahre zu erwarten. Dann wären wir wieder da angelangt, wo wir vor drei bis vier Jahren waren. Hoffentlich wird der deutsche Export diesmal fröhlicher trübe Erfahrungen sich zur Lehre dienen lassen und vorläufig den Ausfuhr für Gebung des Anleihenmarktes nicht folgen. Galtet die Leipziger 2!

\* Zum Militärretat. Mit dem 31. März 1904 läuft das sogenannte Quinquennat, d. h. die Festlegung des Militärretats auf fünf Jahre, ab. Es wurde teils allgemein angenommen, daß die Militärverwaltung noch in dieser Session des Reichstages entsprechende Vorlagen einbringen würde, um für das neue Quinquennat diejenige Verärterung des Reichsheeres sicherzustellen, welche schon seit geraumer Zeit in allen fachmännischen Kreisen für dringend notwendig erachtet wurde. Es handelte sich hierbei in erster Linie um eine Vermeerung der Kavallerie — eine solche ist seit 1872, abgesehen von den Militärretat-Entscheidungen, die jedoch ihrer ursprünglichen Bestimmung immer mehr entzogen worden sind, in Deutschland nicht mehr eingetreten, und um die Erhöhung der Infanterieregimenter von zwei Bataillonen auf die normale Zahl von drei. Unnötig verläutet nach dem „Berl. N. N.“ mit Sicherheit, daß der Reichstag in dieser Session eine Militärvorlage, die sich in der beprochenen Richtung bewegt, nicht vorgelegt werden soll. Es verläutet ferner, daß zwar die Notwendigkeit jener beiden Forderungen militärisch nachgewiesen ist, jedoch unter Erwägungen zurückgetreten wäre, welche teils auf parlamentarischen, teils auf finanziellen Gebiete lägen. Dementsprechend sind deshalb auch jene Forderungen nur zurückgestellt worden, um im nächsten Jahre eingebracht zu werden. Dagegen sollen vom 1. April 1904 ab neben dem neuen Pensiongesetz die folgenden Oberrenten bei den Städten der Infanterieregimenter zu zwei Bataillonen eingestellt und außerdem noch verschiedene kleinere Forderungen von prinzipieller Be-

deutung erhoben werden. Es würde sich auch diesmal um ein Kommodum handeln, und zwar um ein solches „auf Zeit“, denn wie erwähnt, handelt es sich dabei nur um eine Verzinsung auf das nächste Jahr.

\* Vereinfachung der Arbeiterverpflichtung. Die Kommissare des Ministers der öffentlichen Arbeiten sollen gestern, nach der „Schl. Ztg.“, in Dresden eintriften, um die Ergebnisse der vorläufigen im Bezirk der Eisenbahndirektion Dresden eingeführten Vereinfachungen des Arbeiterverpflichtungsrechts daraufhin zu prüfen, ob es sich empfiehlt, sie allgemein zur Einführung zu bringen.

\* Schlachtloshesicherung. Der Nordb. Allg. Ztg. zufolge ist im Reichsamt des Innern eine Kommission zum Aufnahmestellen, die den Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiete der Schlachtloshesicherung bezweckt. Den Vorsitz führt der vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Eugen Adershausen; außerdem nehmen daran teil aus dem Reichsamt des Innern die Regierungsräte Beckmann und Böhmig. Von den 40 Vertretern der verbündeten Regierungen seien besonders genannt die Geheimräte Förster, Pfister, v. Knebel-Doberschütz, Kreuzberg und Schröter aus Berlin, der Präsident v. Haag aus München, Geheimrat Kunze (Dresden), Regierungsrat Sling (Stuttgart) und Geheimrat Kramm (Karlsruhe). Der „National-Blg.“ zufolge soll die Konferenz über ein Heilgesetz zur Einführung der Schlachtloshesicherung berufen.

\* Autorenrecht. Im Abgeordnetenhause trat Mittwoch nachmittags 2 Uhr der Auschuß des deutschen Notendirektors zusammen.

\* Se. Maj. der Kaiser empfing Dienstag mittags den mexikanischen Minister des Auswärtigen, Don Ignacio Mariscal in Gegenwart des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt v. Mühlberg und nahm sodann militärische Meldungen entgegen. Zur Frühstückstafel war geladen der Major im Großen Generalstab Freiherr v. Leitau. Nach Tisch unternahm Se. Majestät einen Spazierritt. Zur Abendstafel waren keine Einladungen ergangen.

Wittmoach morgen nachts bei 10 Uhr abends einen Spaziergang im Park von Sanssouci. Von 10½ Uhr ab hörte der Kaiser den Vortrag des Ministers des königlichen Hauses von Wedel, des Ministers des Innern Freiherrn v. Hammerstein und des Chefs des Zivilkabinetts des kaiserlichen Geheimen Rats Dr. v. Gumboldt. Um 12 Uhr empfing Se. Majestät den neuernannten Präsidenten des Reichsgerichts, Herrlichen Geheimen Rat Dr. Gumboldt, und dessen Nachfolger, den Direktor im Reichsjustizamt Dr. Hoffmann in Anwesenheit, ferner den Geheimen Regierungsrat Professor Noeje von der Reichsdruckerei und den Chef des Marinekabinetts, Vizeadmiral Freiherr v. Senben-Vitran.

\* Der Kaiser und der Zar. Kaiser Wilhelm wird bekanntlich am 3. November dem Zaren Nikolaus in Darmstadt einen Besuch abstatten und am 4. November den Gegenbesuch des Zaren im königlichen Schlosse zu Wiesbaden empfangen. Der Kaiser wird bereits am Abend des 3. November in Wiesbaden eintriften, der Zar am folgenden Tage gegen Mittag mit Gefolge dort ankommen, an der Tafel im Schlosse teilnehmen und abends gemeinsam mit dem Kaiser der Vorstellung „Oberon“ im Hoftheater bewohnen. Nach der Vorstellung begibt sich der Zar nach Darmstadt bzw. nach dem Jagdschlosse Wolfsgarten zurück.

\* Antwortschreiben. Der in Reaktion zu Berlin tagenden zweiten Nationalkonferenz zur internationalen Bekämpfung des Währungsnotstands ist auf den Kaiser folgende Telegramm folgende Antwort aus Potsdam zugegangen:

„Se. Majestät der Kaiser und König lassen allen Mitgliedern der Nationalkonferenz für den freundlichen Gruß bestens danken und den Beratungen der Konferenz, deren bedeutungsvolle Arbeit Se. Majestät mit besonderem Interesse und lebhaftem Befriedigung begleiten, segensreichen Erfolg wünschen. Auf Allerhöchsten Befehl des Kaisers, v. Gumboldt.“

\* Personalnachrichten. Der Kaiser hat dem Minister a la suite des Geheimeschreibers Freiherrn v. G. O. G. die Brillanten zum Großkreuz des Roten Adler-Ordens mit Eigenhant verliehen. — Der Eisenbahndirektor v. D. D., welcher bisher General a. D. war, ist, wie das „Militär-Wochenbl.“ meldet, zu den zur Disposition stehenden Offizieren übergeführt. Der Dirigent des Reichsgerichtsbau in Berlin, Oberregierungsrat Dr. v. Gumboldt, ist, wie das „Militär-Wochenbl.“ meldet, zum Chef des Regierungsrats und vortragenden Rat bei dem Staatsministerium ernannt.

\* Ernennung. Der Kaiser vollzog am Mittwoch die Ernennung des Regierungspräsidenten von Potsdam, Wolff, zum Oberpräsidenten von Preußen.

\* Zur Wahlbewegung. Die „Opposer Nachr.“ berichten dieser Tage den Reichstagsabgeordneten Major a. D. Smula auf, von seiner Kandidatur zum Landtage im Wahlkreise Oppeln zurückzutreten. Beabsichtigt Smula das Zentrumslager seinen Verlangen hinzu, die politische Notwendigkeit gebiete, daß der Abgeordnete Smula von der Bildfläche des Abgeordnetentages verschwinden müsse. Herr Smula fand für gut, auf diese offene Brief nicht zu antworten. Am aber melden die „Opposer Nachr.“: Angehörige Mitglieder der Zentrumspartei in Gemeinschaft mit dem Klerus haben ein dringendes Telegramm an den Major Smula geschickt, in welchem sie ihn bitten, sein Willkommener über seine Stellung zu der durch die politische Separation verursachte Veränderung der Dinge zu erklären.

\* Bistat contra Bismarck. In der neuesten Erklärung des Herrn Dr. Bödel erhält die „Post“ von dem Vorsitzenden der deutschen Reformpartei, Herrn Oswald Bismarckmann, folgende Erwiderung: „Die Erklärung des Herrn Dr. Bödel nötigt mich zu der nachmaligen Feststellung, daß das, was ich auf dem

Parteilage der Reformpartei in Berlin wegen der Wahl in Ansbach vorbrachte, durch Bismarck und Bismarck bestätigt ist. Wenn ich in einer Zukunft, nach Dr. Bödel's Behauptung, im „Reichsamt“, so geschah es doch ausschließlich, wie der Wortlaut des Briefes ergibt, zur selbstverständlichen Bekämpfung seiner Interessen, falls er im Bereiche der Angelegenheiten, die ich in der Vergangenheit Freund und Mitarbeiter Dr. Bödel's gewesen bin, ist im Parteilage zur Sprache gelangt. Nach während des Wahlkampfes 1903 hätte ich Herrn Bödel nimmer zugehört, was während des letzten Parteilages ein Freund von ihm schriftlich bezeugt; daß nämlich Herr Dr. Bödel auf die Verlegung eines Vertrauensnamens, wie im Ansbacher Kreise geschehen werden sollte, in seiner Antwort den Konserativen Kandidaten Herrn von Rappenheim, nicht den antifeudlichen Bewerber empfohlen hat.“

### Ausland.

#### Zum macedonischen Reformplan.

Es hat lange gedauert, bis das Ergebnis der in Würzburg zwischen dem Zaren und Kaiser Franz Josef und ihren Staatsmännern gefloßenen Beratungen der Fortie übermittelte und der Öffentlichkeit unterbreitet werden konnte. Die Reise des Zaren nach Darmstadt, sowie eine lastvolle Maßnahme auf den Sultan, der inzwischen seinen dritten Versuch verloren hat, mögen die Verzögerung erklären.

Man wird das neue Reformprogramm nur richtig verstehen können, wenn man sich den Inhalt des Programms vom Februar dieses Jahres vor Augen hält, jenes Programm, das bekanntlich infolge der Ergebnisse der Verhandlungen, was infolge des bei der Fortie unüberlegbar vorliegenden Mangels an guten Willen in den weitestgehenden Bestimmungen unangebracht blieb. Im Februar wurde der Fortie aufgegeben, den Generalinspektoren längere Zeit auf seinem Posten zu erhalten und nicht ohne Zustimmung der Mächte abzugeben. Ferner wurde der Generalinspekteur unabhängig gemacht von der Zentralregierung in Konstantinopel. Weitere Punkte betrafen die Reform der Polizei und Gendarmerie, sowie des Instituts der Selbsthilfe. Das christliche Element sollte besser vertreten und ausländische Ingenieure herangezogen werden. Den abendlichen Konferenzen sollte entgegengetreten, für politische Schritte Anträge gestellt, in jedem Falle ein geordnetes Budget der Fortie unter Kontrolle der ottomanischen Bank aufgestellt und die Steuererhebung dahin verbessert werden, daß die Art der Erhebung des Zehnts abgeändert und die Generalverpachtung des Zehnts abgeschafft würde.

Die jetzt bekanntgegebenen Vereinbarungen zwischen Auslands und Serbien wollen in erster Linie die Ausführung des Februar-Reformprogramms sicherstellen. Eine Erweiterung hat dieses Programm lediglich in der Richtung erfahren, daß in die Instruktionen der Hofkammer jene Bestimmungen aufgenommen wurden, welche zur Heilung der durch die Anarchie und ihre Verwüstung verursachten Schäden im Aufstandesgebiete erforderlich geworden waren. Die von englischer und anderer Seite gegebenen Anregungen, im Sinne der macedonischen Aufstandsbewegung das ursprüngliche Reformprogramm in autonomistischen Sinne auszubauen, sind unberücksichtigt geblieben. Was die Durchführung der Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung anbelangt, so werden dem kaiserlichen Generalinspekteur besondere Missionen der beiden Kaiserreiche beigegeben, welche als Vermittler zwischen ihm und den christlichen Bewohnern der Mächte fungieren und sich bei ihrem Vermittleramt entsprechender Mißstände bedienen können. Ueberall werden neben den kaiserlichen Beamten österreichisch-ungarische und russische Überwachungsorgane tätig sein, um auf diese Weise das Vertrauen der Bevölkerung in die Reformtätigkeit zu stärken und die Herstellung einer geordneten und betriebsfähigen Verwaltung zu sichern. Daß dieser Überwachungsdiens nur für die Dauer von zwei Jahren in Aussicht genommen ist, beweist den provisorischen Charakter dieser Maßnahme und muß der Fortie die Ueberzeugung beibringen, daß ein wirklicher und dauernder Eingriff der Mächte in ihre Souveränität von den beiden Reformmächten in keiner Weise beabsichtigt ist. Was endlich die Umgestaltung der Gendarmerie anbelangt, so wird dieser Teil des Reformprogramms ebenso wie die militärische Ueberwachung der kaiserlichen Truppen in ihrem Verhalten gegen die Bevölkerung der Kaiserreiche einer internationalen Kontrolle erhalten, da für diese Aufgabe militärische Funktionen aller Großmächte herangezogen werden sollen. Daneben wird auch für die Zurückführung der geflüchteten Dorf-Bewohner und für den Wiederaufbau ihrer verödeten Heimstätten Sorge getragen. Dem Sultan mag die bevorstehende Befreiung seiner Subjektlande in Macedonien unangenehm sein, aber es wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als sich dem Willen der Kaiserreiche und Auslands zu fügen, da nur auf diesem Wege die Integrität seines Reiches zu wahren ist.

### Oesterreich-Ungarn.

Aus dem niederösterreichischen Landtage. In der Mittwoch-Sitzung des niederösterreichischen Landtages fand das Mitglied des Landesauschusses Hr. Steiner in Beantwortung verschiedener Interpellationen die Bestimmungen eines Teiles der Presse zurück und erklärte, der Landesauschuß sei kein





